

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Mai 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate um 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 59

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Volkswirtschaft: Monopolfragen und Arbeiterklasse.
Das Buchgewerbe im Ausland: Österreich, Ungarn, Schweiz, Frankreich, Italien.
Korrespondenzen: Münster. — Stendal. — Ulm-Neuulm.
Ausgaben: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungswertes Beispiel zur Erleichterung des Durchhaltens. — Das neue Buchmuseum in Leipzig. — Bemängelte Bruderausführung Leipziger Buchhändler. — Schwer bestrafte Brotkartenfälschung. — Schlüssel des Papierlieferanten preisgegeben. — Die Zukunft des deutschen Buchhandels. — Eine Umfrage über die Sicherung der Kriegszuschläge.

□ □ □ □ □ Volkswirtschaft □ □ □ □ □

Monopolfragen und Arbeiterklasse.*

Bereits in der vorjährigen Artikelserie „Neue Ziele, neue Wege“ konnte im Anschluß an einen Artikel von Georg Bernhard über die Finanzwirtschaft im Deutschen Reich darauf hingewiesen werden, daß die Deckung der ungeheuren Kriegskosten den Monopolisierungsgedanken weit mehr in den Vordergrund des Interesses rückt, als das bisher der Fall gewesen. Daß die Möglichkeit einer wesentlichen Umstellung privatkapitalistischer Betriebe der Arbeiterklasse durchaus nicht nebensächlich erscheinen kann, bedarf keiner besonderen Begründung.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission haben aus dieser Erkenntnis heraus auch zu dieser Frage Stellung genommen und es für zweckmäßig befunden, die Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiter auf dieses Problem zu lenken. Wilhelm Janßon, Redakteur am „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission, wurde beauftragt, unter eigener Verantwortung diese Angelegenheit entsprechend in die Hand zu nehmen und hat in Gemeinschaft mit drei auf volkswirtschaftlichem Gebiet anerkannten Mitarbeitern: Heinrich Cunow, Otto Süé und Max Schippel, ein Werk herausgegeben, das außerordentlich geeignet erscheint, die Arbeiterklasse in ausführlicher und fahlicher Weise über den von ihr einzunehmenden Standpunkt zur Monopolfrage aufzuklären.

In äußerst anschaulicher Weise versteht es Cunow, unter dem Titel „Kartellmonopole“ das Wesen, die Entstehung und Entwicklung der deutschen Kartelle, der Interessengemeinschaften, Fusionen und Trusts dem Leser vor Augen zu führen. Vieles, was dem Unbeteiligten im Drange des Alltags verborgen bleibt, tritt hier in plastischer Weise in Erscheinung und zeigt auch, welchen bedeutenden Einfluß diese modernen Gebilde des Kapitals auf die gesamte Volkswirtschaft bereits erlangt haben. Der ganze bisherige Verlauf der Kartellierungsbestrebungen zeigt, daß die Kartelle das, als was sie von ihren Trägern mit Vorliebe hingestellt werden: Notverabredungen gegen Wirtschaftskrisen, nur noch im beschränkten Umfang sind, daß die meisten Kartelle gegründet wurden in Zeiten günstiger Konjunktur, woraus klarlich zu schlußfolgern ist, daß in den meisten Fällen der Kartellgründungen das Selbstmitleid in dem Bestreben zu suchen ist, den Profit durch Preisfestsetzungen zu steigern. Diese Erhöhung der Profitrate wird nicht allein durch Erhöhung der Verkaufspreise herbeigeführt, sondern ergibt sich auch aus der mit der Zusammenfassung verbundenen Verbilligung der Betriebskosten: Erparnisse an Fracht, schneller Warenumschlag, weniger Reisende, keine Ansammlung schwer verkäuflicher „Gadenhüter“, Verringerung der Einbußen bei zahlungsunfähigen Käufern usw. „Aber wenn auch zunächst dadurch der Kartellnutzen erhöht wird, bleibt doch diese Ermäßigung der Produktionskosten ein produktions-technischer Fortschritt, eine Entwicklung zu einer höheren Produktionsstufe, die früher oder später der nationalen Gesamtwirtschaft zugute kommen muß.“ Ganz richtig sagt Cunow: „Wie der Übergang zur maschinellen Großindustrie eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit war, so stellt auch die Kartellierung der Industrie sich als eine notwendige Wirtschaftsstufe dar, die einer späteren, höheren, den Weg bereitet und ebnet: der sozialistischen Wirtschaftsorganisation.“ Weist aber die Entwicklung einer ganzen Reihe von Industrie- und Handelszweigen mit zwingender Notwendigkeit auf Monopolisierung hin, so kann die Frage, ob Privat- oder Staatsmonopole, nur im Sinne der letzteren entschieden werden, damit die bisher erzielten

hohen Unternehmerrgewinne wenigstens teilweise zur Deckung der immensen Staatsausgaben nutzbar gemacht werden können. Es kann sich nur noch darum handeln, welche Betriebszweige sich am besten zur Umwandlung in Reichsbetriebe eignen und wie je nach der Eigenart der Betriebe die Monopolisierung zum Nutzen der deutschen Volksmasse awedemäßig durchgeführt wird.

Daß bei Stellung dieser Frage jedermann zuerst an eine Verstaatlichung der ungeheuren, noch unerhobenen Bodenschätze denkt, ist bei der dominierenden Stellung des deutschen Bergbaues begreiflich. Süé schreibt darüber als Fachmann in prächtiger Weise unter der Überschrift: „Die Verstaatlichung des Bergbaues“. Er schätzt die jährlichen Gewinne des deutschen Bergbaues auf 800 bis 900 Millionen Mark; eine Summe dauernder Einnahmen, die dem Privatkapital zu entziehen und dem Allgemeinwohl nutzbar zu machen von ihm kategorisch gefordert wird. Es ist kein völliges Neuland, was damit vom Staate zu beanschern wäre. Soweit Süé feststellen konnte, befanden sich bereits 1913 mindestens 120 Bergwerke, Süften, Salinen, Steinbrüche usw. in staatlichem Besitz, in denen rund 123000 Arbeiter beschäftigt waren. Allein an der Steinkohlenausbeute waren diese Betriebe im Jahre 1913 mit 26,16 Millionen Tonnen, das sind 13–14 Proz. der Gesamtproduktion, beteiligt. Die Konzentrierung des Großkapitals, das hinter der Kohlenindustrie fest und rücksichtslos alle Gewinnchancen ausnützte (spekulative Stilllegung von Zechen usw.), läßt mit Recht schon vor längerer Zeit — um 1900 — Widerstände in den verschiedensten Lagern aus. Die ultrakonserervative „Deutsche Tageszeitung“ schrieb damals wörtlich: „Die Kohle zählt zu den schwer erwerblichen Schätzen des Landes.“ Sie darf nicht dem Privatkapital zu Spekulationszwecken überantwortet werden. In der Endzeit ist deshalb die Verstaatlichung aller Kohlenzechen! ... Die Schätze des Bodens gehören der Gesamtheit, deren Stellvertreter der Staat ist.“ 1905 schrieb ein Regierungsrat v. Kienitz auf den Einwand, daß mit der Verstaatlichung das Kapital außer Landes getrieben würde: „Mit diesem schwarzen Manne hat man uns noch bei jeder wichtigen staatswirtschaftlichen Maßnahme geblendet. Dieser schwarze Mann ist noch ein lichter Knabe gegenüber dem Wirrgel der monopolistischen Ausbeutung der Gesamtheit zugunsten weniger.“ Süé weist weiter darauf hin, daß es die bergbauischen Interessenten auch verstanden haben, die Rechtslage systematisch zu verwirren, indem sie in weiten Volkskreisen das Bewußtsein, daß die Bodenschätze Volkseigentum sind, zu trüben versuchten. Tatsache sei, daß die Bergwerksfelder staatsrechtlich nur „verliehen“ sind; eine Verleiheung könne aber kein ewiges Eigentum schaffen. Eine Enteignung der Bergwerke würde also zum Teil nur eine Wiederinbesitznahme verlihen gewesenen Rationaleigentums bedeuten. Süé führt für die Berechtigung solcher Maßregeln nicht nur moralische, sondern auch rein rechtliche Gründe ins Feld. Die auch von vielen andern anerkannten Volkswirtschaftlern (Bergrechtslehrer Professor Arndt, Professor Dr. H. Wagner, Geheimrat Oberbergamtsrat Voelkel, Staatsrechtslehrer Professor Dr. Raband usw.) durchaus gebilligt werden. Eine ausführliche Prüfung der oft aufgestellten Behauptung, daß die Staatsbetriebe „unwirtschaftlich“ arbeiten, daß die „schöpferische Privatinitiative“ damit unterbunden werde, läßt das Unberechtigte dieses Vorwurfs klar erkennen. Was in den jetzt bestehenden staatsorganisierten Preiskonventionen und Syndikaten schon alles an Bindungen und selbst Hemmnissen der Technikentwicklung vereinbart, teilweise sogar an Unterbindung des technischen Fortschritts wahrgenommen ist, kann im Staatsbetriebe mindestens nicht überboten werden. Wenn das Gemeinwohl in Gefahr steht, haben Sonderinteressen zu schweigen. Zu keiner Zeit traf dies Wort mehr zu als gegenwärtig. Ein weisfälliger Industrieller, Friedrich Sarkort, hat bereits 1841 geschrieben: „Nicht alle Zeiten passen für die Gesetzgebung; jene sind am geeignetsten, wo im Sturm alte Formen zusammenbrechen und eine grobartige Anstrengung der Nation zur Erhaltung des Ganzen die Einzelinteressen verflümmern macht!“ Das ist zur Zeit ganz besonders zu unterschreiben. Die notwendigen „Abfindungssummen“ dürfen nach Süé nicht schrecken. Allerdings sollen sich dieselben nach seiner Anschauung nur darauf beschränken, daß den bisherigen Besitzern — nicht Besitzern, das waren sie im ureigenlichen Sinne nicht — die tatsächlich entfallenden Unkosten vergütet werden. Für eine solche „Abfindung“ von Ausbeutungsobjekten ist der Privatkapitalismus selbst gewissermaßen vorbildlich gewesen. Ganz zutreffend wird auf einen Artikel der liberalen „Weserzeitung“ verwiesen, in dem

es u. a. heißt: „Gehen nun aber im Privatmonopolwesen die Großen dahin vor, daß sie die Kleinen auffressen, wobei sie keine Entschädigung vergüten (!), so wird das Reich mit den wenigen übrigbleibenden Großen nicht viel Federlesens machen.“ Wenn diese Auslassungen auch reichlich optimistisch sind, den Kern der Sache treffen sie vollkommen. Die Starken, die den Schwächeren zur Aufgabe seiner Existenz zwingen, dürfen sich nicht beschweren, wenn sie von einem noch Stärkeren ebenso behandelt werden. Die ganze Arbeit Süés ist wert, besonders eingehend gewürdigt zu werden.

In einem dritten Artikel, „Parteiessgeschichtliche Rückblicke“, bepricht Schippel die bisherige Stellung der Sozialisten in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich zur Frage der Staatsmonopole. Es ist außerordentlich interessant, wie diese Frage von führenden Männern innerhalb der Sozialdemokratie unterschiedlich beurteilt wurde und wird. Interessant ist es aber auch, wie die frühere grundsätzliche Ablehnung jedes Staatssozialismus — der nach einem Referate Viebknechts auf dem Parteitag im Jahre 1892 die auf die äußerste Spitze getriebene Verstaatlichung der verschiedensten Industriebetriebe ist — in Deutschland im Laufe der Zeit einer erheblichen andern Auffassung Platz gemacht hat. Die Stellung von 1892 war getragen von der Annahme, daß mit dem Staatsmonopol dem Staate gleichzeitig die Macht gegeben werde, dem arbeitenden Volke neben dem Joch der politischen Sklaverei noch das der ökonomischen Ausbeutung aufzuerlegen. Schon 1900, also nur acht Jahre danach, wurde auf dem Parteitag in Mainz eine Resolution angenommen, die sich „für eine innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes einheitliche Gestaltung der Betriebswirtschaft durch Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich“ aussprach. Besonders Bebel erwies sich dort als der weit-aussehendste Praktiker, der darauf hinwies, daß die gesamte Wirtschaftspolitik auch die Zentralisation des Verkehrsweilens zur notwendigen Konsequenz habe. Unterschiedliche Auffassungen bestanden nur darüber, ob die Leistung durch das Reich oder die Einzelstaaten vorzuziehen sei. 1913 erichien dann auf dem internationalen Kongress in Karlsbad die Verstaatlichungsforderung in der Form: „Dieser Kongress ist der Ansicht, daß die Gesamtheit des Grund und Bodens, der Bergwerke und der Eisenbahnen im Interesse der Allgemeinheit der verschiedenen Länder verstaatlicht werden sollte“. Jedenfalls ein zum Nachdenken anregendes Beispiel des Umlernens in der Beurteilung großer volkswirtschaftlicher Fragen. Wenn Schippel am Schluß seiner Ausführungen sagt: „Was man dem Staat, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Wirtschafts- und Staatslebens, mit Recht verweigerte, kann man ihm auf einer höheren Stufe und unter bestimmten Voraussetzungen mit noch besserem Rechte selbst übertragen“, so kann man dem nur beipflichten.

Im einem Nachwort, „Für und wider die Monopole“, kommt der Herausgeber des Buches, Janßon, zu folgenden Schlusfolgerungen: Die Entstehung der privatwirtschaftlichen Monopole habe die Situation für die Arbeiterklasse völlig verändert, da diese Monopole nicht im Parlament, sondern durch private Verträge geschaffen werden. Da nach dem Krieg eine Befehlsmäßigkeit dieser Entwicklung zu erwarten sei, habe die Arbeiterklasse die gesetzliche Regelung der Monopolverhältnisse unter öffentlicher Kontrolle zu fordern. Das Ziel müsse die Überführung der Privatmonopole in den Besitz der Staaten und des Reiches sein. Als besondere Forderungen stellt er auf: Demokratisierung der Arbeiterverhältnisse, Schaffung von Tarifverträgen, Schutz des Koalitionsrechtes, paritätische Arbeitsvermittlung, Teilnahme der Arbeiter und Angehörigen an der Monopolverwaltung. Aber die Möglichkeit der Durchföhrung dieser Forderungen können nach den Darlegungen Janßons keine Bedenken obwalten.

So bietet das Buch eine Menge des Wissens- und Beachtenswerten für alle Arbeiter. Daß dem Gedanken des Staatsmonopols nicht zu unterschätzende Widerstände gegenüberstehen, ist erklärlich. Es sei hier nur auf eine in Nr. 8 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ (1917) veröffentlichte Rede des Dr. Krupp-v. Bohlen und Halbach hingewiesen, in welcher sich derselbe „gegen die leider jetzt so vielfach hervortretenden Bestrebungen wendet, die in der weitgehenden Verstaatlichung industrieller Betriebe gipfeln“. Daß diese Worte der „D. A.-Ztg.“ nach ihrem eignen Bekenntnis „aus der Seele“ gesprochen sind, glauben wir ohne weiteres. Um so mehr Grund, uns an das zu halten, was in dem besprochenen Werk in vorzüglicher Weise vom Standpunkte des Arbeiters und Verbrauchers behandelt ist. My.

* Drei Abbildungen von Heinrich Cunow, Otto Süé und Max Schippel. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Wilhelm Janßon. Berlin 1917. Vorwärts-Verlag. 256 Seiten. Profiziert 4 Mk., gebunden 5 Mk.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die hauptsächlichsten Tagesordnungspunkte des neunten Verbandstages, der am 4. Juni und an den folgenden Tagen in Wien zusammengetreten wird, heißen wir bereits in Nr. 34 des „Korr.“ mit. Es bleibt nur noch übrig, auf die vor kurzem im Wiener „Vorwärts“ im Wortlaute veröffentlichten wichtigsten Anträge zum Verbandstag ein Streiflicht fallen zu lassen. Unter den Anträgen des Verbandsvorstandes befinden sich verschiedene Abänderungsvorschläge zu Beschlüssen der letzten Verbandstage, wie sie sich aus der Verwaltungspraxis und aus dem Tarifgemeinschaftsverhältnis ergaben. Andre Anträge betreffen, unter Berücksichtigung der im Verlaufe der Kriegszeit gesammelten Erfahrungen, die Organisations-einrichtungen auf kassentechnischem Gebiet. Als dringend notwendig hat es sich erwiesen, Höhe und Dauer der Unterhaltungen in Einklang zu bringen mit der finanziellen Lage der Verbändevereine, an die gegenwärtig erst in Zukunft noch weitgehende Anforderungen gestellt werden dürfen. Die Erhebung eines einheitlichen Verbandsbeitrags bezweckt folgender Antrag des Verbandsvorstandes: „Zur Deckung aller Ausgaben für gemeinsame Zwecke wird vom Verband ein Einheitsbeitrag von 2,35 Kronen pro Woche und Mitglied eingehoben. Die Ablieferung dieses Verbandsbeitrags an die Verbandskasse hat durch die dem Verband angehörigen Vereine allmonatlich zu erfolgen, wobei alle für Rechnung des Verbandes gemachten Ausgaben aufzuzählen und von den einbehaltenen Beiträgen in Abzug zu bringen sind. Zur Deckung aller lokalen Ausgaben, wie für Fortbildung, Verwaltung, Organisation und andre (außerordentliche) Zwecke haben die Verbändevereine von den Mitgliedern gleichzeitig mit dem Verbandsbeitrag einen Lokalbeitrag einzuhoben, dessen Höhe sich nach den Erfordernissen des betreffenden Vereins richtet.“ In der Begründung dieses Antrags des Verbandsvorstandes wird von letzterem u. a. darauf hingewiesen, daß weitere Opfer gebracht werden müßten, um die Organisation auf jene Höhe zurückzuführen, auf die sie vor der letzten Tarifbewegung und vor Ausbruch des Weltkrieges stand. Im Gegenlage zu früher sei jedoch eine möglichst gleichmäßige Belastung aller Mitglieder anzustreben, weil alle gleichmäßig an den Ertragschancen und Leistungen des Verbandes interessiert seien. Da hierzu auch die geordneten Verhältnisse auf farblichem Gebiete gehören, erscheine es natürlich, daß für deren Aufrechterhaltung alle Mitglieder in der gleichen Weise herangezogen würden, womit einem schon lange bestehenden Wunsch in Mitgliederkreisen entsprochen werden soll. Die bisherigen getrennten Beitragsleistungen für farbliche Zwecke kommen zukünftig in Formall, auch sollen nach den Anträgen des Verbandsvorstandes die Kosten des Verbandsorgans in ihrer Gesamtheit aus der Verbandskasse gedeckt, also gewissermaßen zum Obligatorium übergegangen werden. Das dem Verbandstage weiterhin zur Beratung vorzuliegende neue Normalstatut verfolgt ebenfalls den Zweck, eine vollkommene Gleichheit in sämtlichen Verbändevereinen durchzuführen. Auch die Ortsgruppen erhalten einheitliche, klare Bestimmungen. Die Bestimmungen des Normalstatuts beschränken sich unter deutlicher Hervorhebung des Charakters der Arbeiterorganisation bloß auf das Notwendige.

Zielen schon die hauptsächlichsten Anträge des Verbandsvorstandes ein wichtiges und arbeitsreiches Beratungsmaterial, so nicht minder die Anträge der verschiedenen Verbändevereine, auf die hier einzugehen uns zu weit führen würde. Sollen wir, daß die Beratungen und Beschlüsse des Verbandstages unserer österreichischen Brudervereinigung zum Segen gereichen.

Ungarn. Zwischen dem Budapestiner Prinzipalverein und den Gehilfenorganisationen der graphischen Gewerbe ist, wie wir der deutschen Zeilage zur „Syngraphia“ entnehmen, ein neues Abkommen abgeschlossen worden: der Kriegswaisen- und Invalidenfonds der graphischen und verwandten Berufe. Im großen Ganzen deckt sich das neue Abkommen mit dem seit Jahresbeginn bestehenden, jedoch mit dem Unterschiede, daß letzteres sich nur auf die Buchdruckerarbeiter erstreckt. In 22 Punkten werden Zweck und Ziele der neuen Institution geregelt. Die bedauernden Opfer des Krieges, die Waisen der Gefallenen, eventuell deren Witwen und die total arbeitsunfähig Gewordenen, sollen gemeinsam, von Arbeitgebern und Arbeitern, unterstützt werden. Dazu dient der Fonds, an welchen der Arbeitgeber wöchentlich 6 Heller für jeden Angestellten (Facharbeiter, Arbeiterin und Hilfsarbeiter) und der Arbeiter ebenfalls 6 Heller pro Woche abzuliefern hat. Dieser Fonds wird vom Prinzipalverein verwaltet, der die Gelder fruchtbringend anlegt. Das Abkommen tritt mit 31. Mai ins Leben, während die erste Beitragsleistung am 2. Juni 1917 erfolgt und bis zum 31. Mai 1922 währt, nach welcher Zeit die vertragsschließenden Teile das Abkommen auf sechs Monate kündigen können. Derjenige Teil aber, der das Abkommen kündigt oder die Kündigung aus irgendeinem Grunde verweigert, bezichtigt sich des Rechtes, auf das eventuell vorhandene Vermögen einen Anspruch zu erheben. Dieses kommt in solchem Fall ausschließlich den übrigen Kontrahenten zu, mit der Verpflichtung, daß das eventuell vorhandene Vermögen bloß zu dem in dem Abkommen niedergelegten ähnlichen Zwecke verwendet werden kann. Das Abkommen ist sich von selbst auf, wenn das gesteckte Ziel erreicht scheint. d. h. wenn die letzte anspruchsberechtigte Waise ihre letzte Unterstützung beboben hat. Die Unterstützung der Waisen wie der Invaliden wurde einstweilen auf 6 Kr. monatlich festgesetzt. Aber die Anspruchs-

berechtigung, die bestimmt umschrieben ist, entscheidet ein aus zwei Prinzipalen und zwei Arbeitern bestehender Ausschuss.

Schweiz. Unter den auf der Generalversammlung in Bern zu behandelnden Anträgen befinden sich nicht weniger als zehn der Sektion Genf. Sie betreffen Änderungen an den Statuten des Verbandes und seiner Unterstützungsinstitute, die, wenn sie zum Beschluß erhoben würden, namentlich für die Krankenkasse von nicht zu übersehender Tragweite wären. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Anträge in guten Treuen gestellt wurden; aber sie beweisen auch, daß man sich am Genfer See in der kurzen Zeit der Verschmelzung noch nicht recht in die neue Situation gefunden und die Wege des Syngraphenbundes noch nicht richtig erfaßt hat, die ihn groß und stark gemacht haben. Man bringt in der deutschen Schweiz dem Begehren der welschen Arbeitsgenossen Verständnis entgegen, und es ist auch keine abfällige Bemerkung in den Spalten des Verbandsorgans zu lesen, wenn es anderwärts auch als sicher angenommen werden muß, daß diese Anträge abgelehnt werden. Auf dem Wege der Beilegung wird verlußt werden, diese Ablehnung begreiflich zu machen. Es ist ein Prüffeld für die Verschmelzung von Deutsch und Welsch.

Was die Abhaltung der Generalversammlung selbst anbelangt, so haben sich in letzter Zeit nicht wenige Stimmen dagegen erhoben. Es sei jetzt keine Zeit zu solchen Veranstaltungen; man solle nur eine Delegiertenversammlung abhalten. In der Sektion Schaffhausen wurde sogar eine diesbezügliche Resolution beschloffen. Wäre mit der Abhaltung früher eingelebt worden, so hätte sie zweifellos Erfolg gehabt; so aber erlitten die Zeit als zu vorgerückt, da die Vorbereitungen schon im Gange waren. Als auf der Delegiertenversammlung letztes Jahr in St. Gallen der Beschluß gefaßt wurde, im Jahre 1917 wieder eine Generalversammlung abzuhalten, tat man dies in der bestimmten Erwartung, daß der Krieg bis dahin ein Ende hätte; darin hat man sich bitter getäuscht.

Frankreich. Die in den letzten Auslandsberichte gebrachten Mitteilungen über den Buchkongreß in Paris seien heute noch in einigen Punkten ergänzt. Die Vereinigung der Buchdruckerbeisitzer brachte, unterstützt von den Arbeitervertretern, folgenden Antrag ein: Der Staat möchte den unberechtigten Wettbewerb einstellen, den er den Buchdruckern mittels der Staats- und Gefängnisdruckereien bereitet, da er ohne Vorteil ist weder für die Regierung noch für das Volk. Bei der Besprechung stellte sich allerdings heraus, daß sich viele Verleger an die Staatsdruckerei — und diese nicht an sie — wenden wegen Herstellung besonders künstlerischer Arbeiten. Das läßt fast den Schluß zu, daß die Verleger bei ihr größere Leistungsfähigkeit als sonstwo annehmen. Die Frage des Preisunterbietens behandelte ein Bericht des Vorsitzenden des Fachverbands. Die in ihm niedergelegten Wünsche klingen dahin aus, daß die Buchdruckerbeisitzer Mittel und Wege suchen möchten, um die Anteilnahme der Arbeitnehmer an der Entwicklung der Betriebe zu fördern, um so einen Stamm wirklicher Mitarbeiter zu schaffen. Gleichzeitig soll damit dem jetzt so häufigen Stellungswechsel gesteuert werden. Die Arbeitnehmer dagegen sollen alles tun, um ihre technischen Kenntnisse zu verbessern. Zugunsten des Holzschneides wurde eine Entschädigung angenommen. Er soll wieder zu seiner alten Ehre kommen; in allen Druckereien, bei denen die Möglichkeit besteht, ihn anzuwenden, ist ihm der Vorzug zu geben. Bei Behandlung der Frage der Bücher- und Drucksacheneinfuhr wurde angeregt, je nach dem Herstellerlande — verbündet, neutral oder „feindlich“ (also auch in Friedenszeiten!) — einen verschiedenen hohen Zoll zu erheben. Anschließend hieran brachte das Mitglied des Verbandsvorstandes Jacob den Antrag ein, daß im Auslande, besonders Deutschland, hergestellte Drucksachen auf der ersten und letzten Seite den Namen und die Stadt des Druckers tragen sollen. Diese Seite möchte nicht über 10 Millimeter von der letzten Textzeile entfernt sein (um das Abschneiden beim Binden im Bunde zu verhindern) und ist für Innenleiten mindestens 2, für Umschläge 4 Millimeter groß zu wählen. Der Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Ein Pariser Rechtsanwalt ergänzte ihn dahin — dabei wohl an das Geschäft seiner Fachgenossen denkend —, daß alle fremdländischen Drucksachen, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, seitens des Staates beschlagnahmt werden sollen. Die Zollbehörden werden aber beim Eingange der Druckschriften verstärkte Aufmerksamkeit ausüben. Auch mit dem Begriffe der Stillschließung bei Drucksachen soll es besser werden. Man erhofft davon, in Gemeinschaft mit dem Kampfe gegen die geistigen Getränke, zum Teil Heilung von der großen Entzündungskrankheit. Die wahre Kunst bei Drucksachen werde aber nicht beeinträchtigt. Ein Vorwand, der die Ausführung der Entschlüssen überwachend und die Vorarbeiten für den nächsten Kongreß leicht, wurde gewählt. Nach reichlicher Aussprache und mit vielen guten Vorkämen trennte man sich, damit Frankreich den Platz in der Welt wieder einnehme, den es Gefahr läuft zu verlieren! Durch die ganzen Verhandlungen zieht sich wie ein Schreckensfaden, wie werden wir Deutschlands Buchmarkt los, wenn uns erst nicht mehr die Siegfriedstellung trennt? Auf das einfachste Mittel, sie im Wettbewerb zu schlagen, verzichtet man aus gewissen Gründen, man zieht vor, es mit einem zweiten „Siegfried“ in Deutschland zu versuchen, obwohl die Engländer dessen Unmöglichkeit für sie genügend erprobt hatten. Da in erster Linie Unternehmerinteressen auf dem Kongreß behandelt wurden, so ist die Teilnahme der vier Arbeitnehmer, die auch noch für jeden 10 Fr. kostete, wohl als eine bürgerschaftliche Ertragschance zu betrachten.

Der Burgfrieden soll auch anscheinend benutzt werden, um eine Regelung der Seherinnenfrage herbeizuführen.

Diese ist so ernst geworden, daß es der Verbandsvorstand als seine Pflicht erachtet, eine Lösung, und zwar in Abereinstimmung mit der Arbeitgebervereinigung, zu suchen. Eine außerordentliche Sitzung des Verbandsvorstandes wird sich ausschließlich mit dieser Sachlage beschäftigen; man erwägt, das Überschreiten der Beiringszahl während des Krieges zu gestatten. Auf Veranlassung Kieners wurde seitens der Generalkommission den russischen Arbeitern ein Glückwunsch zum Gelingen der revolutionären Bewegung ausgesprochen. Man verband damit die Mahnung zur Einigkeit, um — der auswärtsigen Gefahr durch militärische Geschlossenheit Herr zu werden.

In Paris klagt man über Arbeitslosigkeit. Sie soll durch anhaltenden Zustrom aus der Provinz und dem neutralen Auslande hervorgerufen werden. Die Jurensenden würden sich nicht scheuen, auch in geliperten Druckereien unterzukommen. Vom Bezirksvereine des französischen Bucharbeiterverbandes in Reims sind nur noch acht Mitglieder übrig. Ihrer letzten Beitragsablieferung war die Entschuldigung beigefügt, daß die kleine Verzögerung darauf zurückzuführen sei, weil es bis zum nächsten Kriegeshalten 1500 M sei, die im Granatregen zurückgelassen werden müßten. Die Sektion kann bezüglich ihres Vereinslebens, trotz der steten Gefahr, vielen andern als Vorbild dienen; sie hat als eine der ersten auf die Rundfrage des Verbandsvorstandes geantwortet und sich für die Wiedereinführung des höheren Beitrags entschlossen. Solch tapferes Verhalten verdient Anerkennung.

Italien. In der Verbandszeitung ist eine besondere Rubrik eingerichtet. Unter ihr werden die zahlreichen Bewegungen der einzelnen Sektionen zur Erreichung von Teuerungszulagen oder höheren Löhnen beim Abschluß neuer Tarife erwähnt. Von den hauptsächlichsten Bewegungen der letzten Zeit seien genannt die Tarifrenewierung in Genua, bei der das Minimum von 29,50 Lire auf 37 Lire erhöht wurde (ausschließlich Kriegszulage), die Bewegung in Florenz, wo Zulagen von 2 bis 4,50 Lire wöchentlich erreicht wurden, in Como, Pellauro usw. Wie aus den Sitzungsberichten des Verbandsvorstandes zu ersehen, fanden im letzten Jahre Bewegungen in Rom, Bologna, Neapel usw. statt. Mit italienischer Gemütslichkeit werden in der Nummer vom 28. April 1917 die Sitzungsberichte vom April und Mai 1916 veröffentlicht! Mitte April fand in Turin eine Sitzung des Verbandsvorstandes mit Vertretern der Mailänder Sektion statt, um die Vorarbeiten für die Tarifrenewierung in Mailand zu beraten, die in wenigen Monaten erfolgen soll. Wie erichtlich, ist trotz des Krieges oder gerade wegen desselben das Verbandsleben ein sehr reges. Die Bewegungen können meist ohne Streik erfolgreich durchgeführt werden, wozu das Fehlen von Arbeitslosen in „günstigem Sinne“ beiträgt. Der größte Teil der sonst vorgabenen Arbeitswilligen steht in „grüngrauer Aunf“. Dieses Aufeinanderfolgen der Bewegungen erfordert viel Zeit und Kosten. Die Oristarife schließen gegenüber einem allgemeinen Tarife den Nachteil in sich, daß eben nur dort etwas erreicht wird, wo die Verhältnisse gerade günstig für die Gehilfen liegen. Für die kleineren Städte wird die Lohnhöhe nicht im gleichen Maße verbessert, obwohl sich auch dort die Teuerung sehr fühlbar macht. Diesen Mibstand, der eine Vernachlässigung der Provinzkollegen und eine Gefahr für die in der Großstadt darstellt, hat der Verbandsvorstand von jeher zu würdigen gewußt. Vor etwa zwölf Jahren wurde denn auch ein kräftiger Anlauf unternommen, um nach und nach einen allgemeinen Tarif nach deutschem Vorbild zur Einführung zu bringen. Während der Mailänder Weltausstellung wurde diese Frage auf einem Kongreß eingehend behandelt. Die Verwirklichung des Planes war natürlich nicht so einfach, weil bestehende Tarife zu beachten waren und diese ungleichmäßig abliefen. Ob man durch den Weltkrieg von der Verwirklichung des seinerzeit gutbefunden Planes ablassen wird, weil er doch jetzt von den „Barbaren“ stammt, entzieht sich unserer Kenntnis.

Der Gerechtigkeit halber sei jedoch erwähnt, daß in der letzten Verbandszeitung ein Aufsatz enthalten ist, der wohl schwerlich in dem französischen Organ Aufnahme gefunden haben würde. Ein Neapler Kollege ist beglückwünscht über die Leistungen der nationalen Invaliditätskasse (war früher eine von der Regierung unterstützte Privatgesellschaft). Ein „Z“ zeichnender Kollege führt ihm die Leistungen der deutschen Invalidenversicherung eingehend vor Augen — er stützt sich auf den Jahresbericht von 1910 und die seinerzeit auf der Turiner Weltausstellung gezeigten bildlichen Darstellungen —, freilich gebührend die Einrichtung der Erholungsheime und schließlich trocken: Das, was die deutsche Versicherung vollbracht habe, zeige dem Neapler Kollegen, wieviel Aufgaben die italienische Versicherung noch zu vollbringen habe, um seiner Begeisterung würdig zu sein. Daß inzwischen das Rentenalter von 70 auf 65 Jahre gesetzt wurde, entzieht sich natürlich der Kenntnis des Verteidigers unserer gelehrlichen Invalidenversicherung.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Münster i. W. Amre am 13. Mai am Vorortetage Bezirksversammlung hatte außer mehreren besagten Kollegen einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Zu Beginn derselben gedachte der Vorsitzende ehrend unfres verstorbenen Gauerwalters G. Müller und des Kollegen S. Jaspers (Münster) sowie der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen S. Behmann, A. Zöllner und M. Kieß. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Kollegen in üblicher Weise. Der Kassenbericht wurde genehmigt und

dem Kassierer für korrekte Kassensführung gedankt; an Kriegsunterführungen wurden im verfloßenen Quartal 746,50 Mk. vorausgabt, zudem noch ein Kassenbestand von 812,55 Mk. verblieb. Sechs ausgeleitete Kollegen konnten der Organisation zugeführt werden; dieselben wurden vom Vorsitzenden mit einer Ansprache begrüßt. Auf die gewissenhafte und rechtzeitige Einfindung der jährlichen Fragebogen wurden die Mitglieder besonders hingewiesen. Der Hauptpunkt: „Steuerungszulagen und Tarifrevision“, zeitigte eine eingehende Aussprache. Anerkannt wurde, daß die diesmalige Steuerungszulage gegenüber den vorherigen eine wesentliche Verbesserung in sich schließt, doch gegenüber der drückenden Lage der Gewerkschaft nur ausreichen sei, was Münster mit seinem zu niedrigen Lokalaufschlag von 7%, Proz. sehr empfindet. Auch die Stellung fand kritische Beleuchtung. Die Versammlung sprach sich unter Berücksichtigung der verbesserungsbedürftigen Allgemeinverhältnisse für eine Tarifrevision und Umbildung einer Verbandsgeneralversammlung aus. Vorsitzender Meißner, als Vertreter im Schlichtungsausschuß und Einberufungsausschuß, gab noch verdichtete Erläuterungen über die Tätigkeit und die Sühnungen dieser Hilfsdienstausschüsse, u. a. die Mitglieder ermahnen, bei gewerblichen Differenzen in erster Linie das Tarifschiedsgericht anzurufen. Mit der Verlesung vieler Grüße aus dem Feld und einem kurzen Schlusswort endigte die anregend verlaufene Versammlung.

Stendal. In der am 12. Mai stattgehabten Ortsvereinsversammlung brachte Vorsitzender Tugeli einige Feldpostbriefe zur Verlesung, die davon Zeugnis ablegten; wiewohl lebhaften Anteil die Feldrunder Kollegen am Verbandsleben nahmen. Nach Aufnahme dreier Neuzugewandter und Entgegennahme des Kassen- und Kartellberichts stand der Punkt „Steuerungszulagen“ zur Verhandlung. Es kam dabei zum Ausdruck, daß, wenn auch von einem Ausgleich mit den tatsächlichen Steuerungsverhältnissen nicht die Rede sein könne, man es immerhin als eine Erleichterung anerkennen müsse. Bedenken wurden nur gegen die Stellung sowie das Nachschußrechnen auf die Überstunden geltend gemacht. Die Einführung ist, abgesehen von einigen kleinen Unebenheiten, die baldigst erledigt sein werden, glatt vor sich gegangen. Den Kriegerverwundeten soll zum 1. Juli wieder eine Beihilfe von 5 Mk. gezahlt werden. Der Ortsbeitrag wird vom 1. Juni um 10 Pf. erhöht. Das Johannistfest wird am 24. Juni durch Ausflug nach Achtspringe gefeiert werden. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zu reger Anteilnahme am Verbandsleben aufgefordert, nahm die harmonisch verlaufene und nur von einigen Wohnortschwänzern nicht besuchte Versammlung ihr Ende.

Ulm-Neuulm. Eine gubeleschte Monatsversammlung hatten wir am 12. Mai. Eine reichhaltige Tagesordnung gab den Anlaß dazu. Auch war Gausvorsteher Kistler anwesend sowie drei Kollegen von Ehingen. Nachdem der Vorsitzende Liebrand die Anwesenden begrüßt hatte, gedachte derselbe in schönen Worten des Kollegen und Seniors der Mitgliedschaft: Johannes Häubler, anlässlich seines 50jährigen Berufsjubiläums. Für seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender sowie als Reichskasserverwalter wurde ihm der gebührende Dank der Versammlung ausgesprochen und als Anerkennung dafür ein kleines Andenken mit einem Blumenbukett überreicht. Auch Gausvorsteher Klein überbrachte die besten Wünsche vom Verbands- sowie vom Gauvorstand und erwähnte, daß es ihm eine Freude sei, dem Kollegen Häubler zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum persönlich zu gratulieren. Der Jubilar sei ein Musterkollege; er habe in den 36 Jahren als Mitglied sich sehr verdient gemacht. Auch von auswärtigen waren Glückwunschkarten eingegangen, welche an frühere Zeiten erinnerten. Hierauf wurden vom Vorsitzenden die Vertrauensleute der Druckereien aufgefordert, über die Ausbezahlung der wöchentlichen erhöhten Steuerungszulagen Bericht zu erstatten. Aus denselben war zu ersehen, daß die wöchentliche Zulage in jeder Druckerei bis auf eine ausbezahlt worden sei, aber die Nachbezahlung für April mit 5 Mk. in verschiedenen Geschäften als eine Überforderung betrachtet und noch nähere Erundigung darüber erhoben werden sollte und Zahlung erst für den nächsten Jahrlag in Aussicht gestellt sei. Von den neuangewandten Kollegen konnten vier Neuaufnahmen vollzogen werden. Eine große Anzahl von Geldposten wurden verlesen. Hierauf nahm Gausvorsteher Klein das Wort, be sprach in längerer Ausführung die gegenwärtige, immer mehr steigende Steuerung, die große anfallende Not unter der Bevölkerung sowie die nun nochmals stattgehabte Erhöhung der Steuerungszulagen. Wenn dieselbe auch nicht im Verhältnisse zu der Steuerung stände, so könnte es doch einigermaßen das Durchhalten etwas erleichtern. Zum Schluß forderte Kollege Klein nochmals auf, alles dazu beizutragen, um über die schwere Zeit hinwegzukommen. Da eine Diskussion nicht gewünscht, dankte der Vorsitzende dem Kollegen Klein für seinen lehrreichen Vortrag und wünschte, daß sich die Mitglieder dies zu Herzen nehmen möchten. Dieses Jahr kann die hiesige Mitgliedschaft auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken, die Feier soll bis nach dem Kriege verfallen werden, ebenso soll dieses Jahr die Johannistfeier ausfallen. Hierauf gab der Kassierer Glasbrannter den Kassenbericht vom ersten Vierteljahre.

Langsch (Chemnitz), Bernard Ohlowski und Wilhelm Weiß (Essen), Georg Küllinger (Heidelberg), Urbat (Königsberg), Fritz John (Wien), Joseph Wagner (Mainz), Ernst Otto Schupp (Meh), Karl Söhler (Stuttgar) sowie M. Barth (Überlingen). Damit haben bis jetzt 3438 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Nachnahmewerkes Beispiel zur Erleichterung des Durchhaltens. Die Vereinsdruckerei A. G. in Heidelberg gewährte ihren Schülern vor Inkrafttreten der neuen Steuerungszulagen eine besondere einmalige Zulage von je 100 Mk.

Das neue Buchmuseum in Leipzig. Mit der Begründung eines Deutschen Vereins für Buchwesen und Schrifttum ist, wie wir bereits in Nr. 51 mitteilen konnten, auch die Errichtung eines Museums in Leipzig vorgehen, dessen Grundstock die mit vielem Fleiß zusammengefragten und in der Betonhalle (Kulturhalle) der „Bügra“ ausge stellt gewesenen Zeugnisse über die Entwicklungsgeschichte des Buchwesens von der einfachsten geistigen Austauschform der Urvölker bis zur Gegenwart bilden sollen. Es wird eine möglichst lückenlose Studienammlung angestrebt, die, durch eine Bücherei ergänzt, dem sachlich Interessierten zeigt, aus welchen Mitteln und Erkenntnissen heraus sich das reiche und vielfältige Gepräge des modernen Buches entwickelt hat. Eine vollständige Sammlung der Tageszeitungen und Zeitschriften, von den ersten schwachen Versuchen des Ausstausches der Nachrichten und Neuigkeiten durch die Jahrbücher hindurch bis zur Neuzeit, wird ebenfalls angegliedert. Das alle Buchgewerbenmuseum im Deutschen Buchgewerbehaus bleibt für die technischen Sammlungen und Ausstellungen erhalten.

Bemängelte Druckausführung Leipziger Gussheine. Bei Bewilligung der Ausgabe von 1 Million 10 Pf. Gussheinen wurde im Leipziger Stadtvorordnetenrat von einem Vertreter die typographische Ausführung der im Verkehr befindlichen 50 Pf.-Scheine bemängelt und gesagt, sie seien einer Druckstadt wie Leipzig nicht würdig. Vom Ratssitz entgegnete der Bürgermeister, daß die Scheine von einer als besonders leistungsfähig anerkannten Firma hergestellt seien. Die Scheine anderer St. die mögen künstlerischer sein, dafür hätten die Leipziger den Vortzug, daß sie nicht leicht nachzumachen wären. Versuche seien zwar schon gemacht, doch nicht geglückt, und die falschen 50 Pf.-Gussheine konnten nicht in Verkehr gebracht werden.

Schwer bestrafte Brotkartensfälschung. Wie die „Buchdruckermache“ zu melden wußte, verurteilte der Arbeiter Max Liesch in Berlin, sich mit Hilfe gefälschter Brotkartenabschnitte Geld zu verschaffen. Mit erstaunlicher Geschicklichkeit fertigte er mit Hilfe von Farben und Linien eine Anzahl solcher Brotkartenabschnitte an. Das Schwurgericht verurteilte ihn dafür zu einem Jahre Zuchthaus. — Aber eine andere Brotkartensfälschung wurde aus München gemeldet, daß dort in einem Sinfirgebäude in der Schillerstraße eine vollständig eingerichtete Werkstat für Brotmarkennachahmung entdeckt worden ist. Der 25jährige Buchdrucker Hermann Wolleben und sein Bruder sowie der Buchdruckereibesitzer Dammerhuber wurden verhaftet. In der Werkstätte fand man fertige Matrizen, auch von gefälschten Rabatts- und Gel markten. Die ausgegebenen Brotmarken waren sehr täuschend nachgeahmt.

Schluss des Papierlieferanten preisgegeben. Zur Erledigung eines Auftrags auf Brotkarten wurden 12000 Bogen Karton benötigt, die zu 33 Mk. gehandelt und geliefert wurden. Zur Verwendung des Buchdruckers stand auf der Rechnung folgender Vermerk: „Derartige große Quantitäten, wie Sie jetzt kaufen, kann ich zum früheren Preise nicht abgeben. Ich habe Ihnen als Abgangspreis einen solchen von 33 Mk. eingeräumt. Bei weiteren größeren Posten muß ich jedoch 34 Mk. berechnen.“ Früher erhielt der Bezahler bei größeren Aufträgen einen Nachlaß, heute will man große Aufträge nicht, um die Ware zurückzuführen und bei kleineren Mengen einen vorteilhafteren Preis herauszuschlagen zu können! — In einem andern Falle war ein größeres Quantum Postpapier zu einem bestimmten Preise gehandelt. Bei Lieferung erlaub der Besteller, daß der Preis entgegen der Vereinbarung um 2 Mk. für 1000 Bogen erhöht war. Auf seine diesbezügliche Anfrage wurde ihm erklärt, daß das Papier wieder abgeholt würde, da die Lieferantin an anderer Stelle einen noch höheren Preis für dieses Papier erzielt. Trotzdem der Drucker den um 2 Mk. erhöhten Preis bezahlen wollte, wurde ihm das Papier nicht gelassen. Das ist „Kriegsgeldschmoral“, über die Staatskommissar Michaelis mit Recht so abfällig urteilt.

Die Zukunft des deutschen Buchhandels. Aber diese für uns Buchdrucker nicht nebenläufige Angelegenheit hat Wilhelm Junk, ein bekannter Berliner Verleger, in einer kleinen Schrift interessante Betrachtungen angestellt. Unmittelbar nach dem Kriege würde eine allgemeine Hochkonjunktur auch den Buchhandel erfassen. Die schöne Literatur wird keine besondere Förderung erfahren, da durch den Krieg das belletristische Buch zu sehr verbilligt sei. Für die deutsche wissenschaftliche Literatur werden sich bessere Aussichten eröffnen. Sie sei uns nicht nachzumachen und könne deshalb auch nicht boykottiert werden. Das Antiquariat ist gefährdet, weil es die unmittelbaren Beziehungen zum Ausland gehabt habe. Jedoch könne das antiquarische Berlin und Leipzig nicht durch London, Paris und Petersburg ersetzt werden, also würde die Kriegswirkung auch hier auszugleichen sein. Für das Sortiment rechnet Junk nach Verlauf der ersten zwei oder drei Friedensjahre mit größeren Schwierigkeiten. Der Staat könnte darüber am besten hinweghelfen durch die Einführung der Bedarfsfrage, des Beschäftigungsnachweises wie durch drakonische Bestrafungen von Rabattverfehlungen. Der Deutsche Verlegerverein müßte eine Differenzierung

des Rabattes und Festsetzung eines Mindestrabattes vornehmen. Das läßt sich eher hören als die vom Staat erzwungene Hilfe, der nach dem Kriege ganz andre Dinge zu tun haben wird, und zwar in Fülle und Fülle, als den Sortimentbuchhandel mit rückständig erscheinenden Sicherungen zu versehen.

Eine Umfrage über die Sicherung der Kriegszulage. Die hochwichtige Frage: Wie sichern wir uns für die Übergangsdauer aus der Kriegs- in die Friedenszeit mit ihren zweifelhaften noch sehr hohen Lebensmittelpreisen die Steuerungszulagen? beschäftigte sicherlich schon viele Gewerkschaftler. Namentlich in den Gewerben, wo es bisher nicht gelang, den Kriegszulagen tariflichen Charakter zu verleihen. So hatte Anfang dieses Jahres die „Nachdeckzeitung“ in einem Leitartikel der Besichtigung Ausdruck verliehen, daß nach Beendigung des Krieges in der Übergangszeit, ehe noch das Wirtschaftslieben wieder voll in Schwung gekommen sei, die Unternehmer die zeitweilig starke Arbeitslosigkeit dazu benutzen könnten, die von den Gewerkschaften mit Mühe durchgeleiteten Kriegszulagen den Arbeitern wieder fortzunehmen, während doch zugleich die teuren Lebensverhältnisse noch fortauerten. Die „Nachdeckzeitung“ schlug deshalb vor, ein Folgegesetz des Reiches solle den bestehenden Lohnstarren einschließlich Steuerungszulagen vorübergehend Gesetzeskraft geben, bis die Wiederherstellung einer normalen Wirtschaft auch den regelrechten Verlauf der Beziehungen zwischen Unternehmerhaft und Arbeiterhaft sicherstelle. Zu dem Vorschlag äußerten sich nun in der „Nachdeckzeitung“ eine Reihe bekannter hervorragender Sozialpolitiker, deren Antworten recht verschieden ausfielen, wie aus einer Stichprobe erkennbar wird. Dr. Adolf Braun (Münster) findet die Anregung sehr beachtenswert und durch englische und australische Vorbilder gedeckt, glaubt aber nicht, daß der Reichstag eine Festlegung von Lohnsätzen vornehmen werde; auch werde durch eine solche Festlegung die Gerechtigkeit der Unternehmer geringer, jeßt Steuerungszulagen zu gewähren. Reichstagsabgeordneter Dr. Quarc bestreift, daß die Stimmung für ein solches Folgegesetz ungünstig sei, teilweise selbst bei den Gewerkschaften. Trotzdem sollte es mit allem Nachdrucke gefordert werden. Dr. Ginzheimer (Frankfurt a. M.), eine bekannte Rechtsautorität auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens, hält die Einführung eines Mindestlohnes durch Reichsgesetz für durchgreifender und leichter durchführbar. Die zum Kaufe der unbedingt notwendigen Lebensmittelmengen erforderliche Summe, die ja jetzt bekannt ist, müsse als Grundlage dienen. Der Frankfurter Stadtrat Dr. Hiller billigt den Vorschlag grundsätzlich, empfiehlt aber die Umbildung aller Kriegs-, Steuerung- und Streckungszulagen in feste Lohnverordnungen und den Abschluß von Tarifen auf Grund dieser neuen Löhne bis möglichst weit über die Kriegszeit hinaus. Im wesentlichen abtendend äußert sich der Vorsitzende des Steinleherverbandes, A. Anoll, Mitglied der Generalkommission. Der Reichstag würde die Löhne nur festlegen, wenn er andererseits auch Vorkehrungen gegen neue Lohnforderungen treffe. Sichere man den Arbeitern ihre Steuerungszulagen, so verlangen die Lebensmittelerzeuger auch eine Garantie für ihre hohen Preise. Das Ganze laufe auf das Zwangsschiedsgericht hinaus, welches die große Mehrheit der Gewerkschaften vor dem Krieg entschieden abgelehnt habe und jedes Eingreifen des Staates in die Lohnhöhe sei gefährlich.

Sozialpolitische Querfreier. Der Bäckerverband hat eine dringende Eingabe um Aufrechterhaltung des Verbots der Nacharbeit an den Bundesrat gerichtet, nachdem aus Innungsakten bekannt geworden war, daß die Brotfabriken ihre Wiedereinführung betreiben. Vom Verbands der Brotfabrikanten wird das bestritten, aber irgendwelche Bemühungen um Aufhebung des Verbots der Nacharbeit von Fabrikantenseite haben zweifellos stattgefunden, auch wenn sich jetzt niemand öffentlich dazu bekennen will. Durch solche sozialpolitische Reaktionsarbeit wird fortwährend neue Unruhe in Deutschland erzeugt. Wir erinnern nun daran, daß erst vor kurzer Zeit die Handlungsbefehle sich dagegen zur Wehr setzen mußten, weil man ihnen den Siebenbürgen-Adenkluß wieder entziehen wollte. Jetzt Bestimmungen zu treffen, durch welche die Arbeitszeit verlängert wird, wo Sparamkeit mit Kohlen und allem andern Material höchstes Gebot ist, wäre vollkommen unfinnig, und die Regierung kann keinesfalls darauf eingehen. Aber sie müßte endlich einmal feststellen, wer hinter diesen sozialpolitischen Quertreibereien steckt, die immer neue Unruhe in der deutschen Arbeiterklasse erzeugen müssen.

Verschiedene Eingänge.

„Deutscher Buch- und Steindruck.“ Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage „Graphische Feiertage.“ Heft 7. 23. Jahrgang. Herausgeber Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Dammstraße 19. Einzelheft 1 Mk., Preis des Doppelheftes 1,50 Mk.
„Die Neue Zeit.“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 1.—4. 35. Jahrgang. 2. Band. Verlag von G. S. Meißner, Leipzig.
„Typographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Schrifttum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 3. 4. 38. Jahrgang. 1917. Preis pro Jahrgang (1. Heft) 7,20 Mk.
„Für Alle Welt.“ 67. bis 71. Kriegszulagennummer. 23. Jahrgang. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 40 Pf. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bong & Co. in Berlin, Leipzig und Stuttgart.

Briefkasten.

G. in G.: Ihre Beschwärde ist dem hiesigen Zeitungspostamt übermittle. — Nach M. Glabach: Eine ausführliche Behandlung Ihrer Anfrage erübrigt sich. Korrekturen, soweit solche im Bereiche der Buchdruckerei beschäftigt sind, gelten als Buchdruckerbeschlüssen im Sinne des Tarifs und haben selbstverständlich Anspruch auf die Steuerungszulagen. — G. S. in G.: Dieser Artikel ist zurückgelegt, denn über die Papierfrage wird noch manches zu sagen sein; vorderrhand scheint es aber zu genügen. 2. Nach W. H. in G.: Sollte Ihnen etwas Neues

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisenkreuz: Willi Kaiser (Mehersleben), Robert Gärtner (Berlin), Karl Sellemann (Bielefeld), Paul

zugehen, dazu bitten an uns zu denken. — G. G. in Tüft: 3,65 Mark. — G. B. in Sammt: 2,15 Mk. — G. W. in Stuttgart: 2,30 Mk. — A. A. in W.: 3,05 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißpflanz 5 II.
Schriftföher: Ant Kurfürst, Nr. 1191.

Kaffel. Der Drucker Friedrich Blum aus Neuf a. Rh. (wleht in Duisburg) wird aufgefördert, sein Verbandsbuch einzulösen. Auch wird um Angabe des gegenwärtigen Konditionsortes B.s an A. Wörner, Orleansstraße 49 TV, gebeten.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

Im Gau Bayern die Seher 1. Matthias Karfl, geb. in Bils-
hohen 1900, ausgel. dal. 1917; 2. Otto Wächter, geb. in Ober-
traubling 1899, ausgel. in Regensburg 1917; waren noch nicht Mit-
glieder. — Jo eph Seih in München, Holzstraße 24 I.
Im Gau Leipzig die Drucker 1. Alfred Leonhardt, geb.
in Seih 1891, ausgel. dal. 1908; war schon Mitglied; 2. Max
Chojnicki, geb. in Leipzig-Gutrich 1899, ausgel. in Leipzig
1917; die Galvanoplastiker 3. Otto Bäumer, geb. in Leipzig-
Eißlerth 1895, ausgel. in Leipzig 1915; 4. Max Greyer, geb. in
Dösch 1875, ausgel. in Leipzig 1905; 5. der Graveur Kurt Härtel,
geb. in Mittweida 1879, ausgel. dal. 1897; waren noch nicht Mit-
glieder. — Karl Engelbrecht in Leipzig, Brüderstraße 9 I.
Im Gau Rheinland-Westfalen die Drucker 1. Peter Dwiak,
geb. in Essen (Rubr) 1887, ausgel. dal. 1904; 2. Karl Fürfl,
geb. in Kaiserlautern (Pfalz) 1883, ausgel. in Somburg (Pfalz)

1902; waren schon Mitglieder; 3. Robert Bonnof, geb. in Weichen-
see 1888, ausgel. in Potsdam 1906; war noch nicht Mitglied. —
Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.

Berammlungskalender.

Bochum. Bezirksversammlung Sonntag, den 10. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Gerhardt in Witten,
Breite Straße 79. Anträge bis 3. Juni.
Koblenz. Bezirksversammlung Sonntag, den 10. Juni, nach-
mittags 2 Uhr, Restaurant „Zur alten Burg“ in Boppard,
Markt 9. Anträge bis 31. Mai an den Vorsitzenden.
Krefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 17. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, bei Heinrich Abel in Wörs. Anträge bis
3. Juni an den Vorsitzenden.
Magdeburg. Versammlung Freitag, den 25. Mai, abends
8 Uhr, im „Diamantbräu“, Berliner Straße 14.

Schriftföher, Typographföher und Maschinenmeister

auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [453]

Buchdruckmaschinenmeister und Schriftföher

auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung gesucht von [912]
Meyger & Wittig, Leipzig, Hohe Straße 1.

Buchdruckmaschinenmeister

für Schnellpresse und vierseitige König & Bauersche Rotation findet sofort Stellung. Meldungen (auch
von Kriegsbeschädigten) mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung erbittet [959]
Der Verlag des „Sausfreund“, Speier a. Rh.

Tüchtige Maschinenmeister

für dauernd sucht sofort [938]
Rauchsche Buchdruckerei, Berlin S 14, Stallreiberstraße 5.

Wegen Einberufung mehrerer junger Druckergesellen suchen wir zu sofort oder noch zu verein-
barenden Eintrittszeit in dauernde Beschäftigung einige [938]

tüchtige Maschinenmeister

hauptsächlich für guten Werkdruck. [938]
Buchdruckerei des Waisenhauses in Halle a. S.

Nach Neustadt im Schwarzwald

tüchtiger Schweizerdegen oder Maschinenmeister
und ein Zeitungsföher gesucht. [948]
Vereiner Neustadt im Schwarzwald.

Mehrere tüchtige Seher

(Inseraten-Mitglieder) zum sofortigen Eintritt ge-
sucht. [858]
J. Pfeiffer, Baden-Baden,
„Badische Volkszeitung“.

Schriftföher

militärfrei oder leicht kriegsbeschädigt, für Tabellen,
Anzeigen und Mitteilungen in dauernde Stellung
sofort gesucht. [960]
Frankenstein & Wagner,
Leipzig, Lange Straße 14.

Tüchtiger Handföher

für glatten Zeitungssatz sofort gesucht. [941]
H. D. Wiemann, Berlin SW 48,
Wilhelmstraße 28, zweiter Hof, 4 Tr.

Mitgliedenzföher

gesucht. [958]
J. Maubach & Co.,
Frankfurt a. M., Gullentstraße 7.

Erfahrener Linotypenföher

als alleiniger für unsere Ideal-Sehmaschine, sowie
tüchtiger [917]

Mitgliedenz- und Anzeigengföher

für bessere Zeitschriften sofort gesucht.
Buchdruckerei „Gutenberg“, Hugo Eitelstraße,
G. m. b. H., Düsseldorf, Kreuzstraße 54 a.

Maschinenföher

(Typograph A) in dauernde Stellung gesucht.
Angebote mit Gehaltsansprüchen erbitten. [936]
Waltmanns Verlag und Buchdruckerei,
Berlin-Lankwitz.

Maschinenföher

sowie [877]
Handföher

zur Ausbildung am Typograph (militärfrei, auch
Kriegsbeschädigte) gesucht.
Buchdruckerei Ed. Roether, Darmstadt.

Maschinenmeister

Mitgliedenzföher

Werkföher

Typograph- und

Monotypenföher

Stereotypenre

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde
Stellung gesucht. [792]
Oscar Brandstetter, Leipzig.

für Autotypie, Farben- und Illustrationsdruck
wird ein tüchtiger, gewissenhafter [832]

Maschinenmeister

welcher Hervorragendes leistet, zu möglichst baldi-
gem Eintritte für Original-Mitgliedersuchen in
dauernde Stellung gesucht.
Ernst Marks, Mülheim (Rubr).

Maschinenmeister

sucht [878]
F. Hessebrand, G. m. b. H.,
Stettin.

Maschinenmeister

für dauernd-gesucht. Geeigneter Kraft wird Ge-
legenheit zur Ausbildung an Zweifournenmaschinen
gegeben. Angebote mit Lohnansprüchen erbitten.
Johannes Päßler, Dresden-R.

Maschinenmeister

für Rund- und Flachdruck, militärfrei oder leicht
kriegsbeschädigt, zu sofort in dauernde Stellung
gesucht. [935]
Frankenstein & Wagner,
Leipzig, Lange Straße 14.

Maschinenmeister gesucht!

Für unsere Druckerei (3 Schnellpressen, 1 Ziegler)
suchen wir als alleinigen einen zuverlässigen Ma-
schinenmeister in dauernde selbständige Stellung.
Düsseldorfer „Vohalzeitung“.

Wir suchen auf sofort oder bald in dauernde
Stellung [940]

einen Maschinenmeister

für Flachdruck sowie

einen Stereotypenre

für Flach- und Rundstereotypie.
Buerische Druckerei G. m. b. H.,
(Verlag der „Buerischen Zeitung“).

Saalmeister für Werkdruck

Maschinenmeister

Stereotypenre

Galvanoplastiker

finden Stellung und wollen sich mit Gehaltsforde-
rung melden bei [950]
H. S. Hermann, Berlin SW 19.

Maschinenmeister

suchen [947]
H. W. Kays Erben,
Berlin SW 68, Zimmerstraße 29.

Tüchtiger

Buchdruckmaschinenmeister

für Illustrations- und Werkdruck findet sofort
dauernde Stellung bei [949]
Hugo Wittsch, Chemnitz.

Buchdruckmaschinenmeister

für sofort oder später gesucht. [939]
Bereinigende Druckereien,
München, Herrenstraße 10.

Seherstereotypenre

der in der Hauptsache Malern herzustellen hat, für
sofort oder 14 Tage nach Engagement gesucht.
Sof-Buch- und -Steindrucker
Dietrich & Bräuer, Weimar.

Graveur

erfahren in Stereoskoparbeit, sucht [945]
W. S. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstraße 8.

Technikum für Buchdrucker

Leipzig-Rednitz. [945]
Einzig dastehende
Vereinigung prakti-
scher und theore-
tischer Ausbildung
auf echt kunstge-
werblicher Basis im
Buchdruckgewerbe.
Buchführung, Preis-
berechnung, Faktor-
u. Geschäftsführer-
arbeiten usw.
Meisterprüfungskurs
Kostloser Unterricht für
verwundete Buchdrucker.



Wies soll ich zurichten?

bei technischen Schwierigkeiten
finden Sie in dem Druckhandbuch
„Wies soll ich zurichten?“
ein Leitfadens für Buchdrucker

zum Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten.
112 Seit. Text mit 21 Abb. u. 20 Tafeln. Preis geb.
M. 1.70 portofr. v. Verfl. H. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstr. 20.

„Bolkshaus“ Leipzig

Zeher Straße 32.
Zellulose/Hotel/Café/Speisenzahl/Großer schaffiger
Garten, angenehmer Aufenthalt im Innern der Stadt.
Gute Speisen und Getränke. Allen Besuchern
Leipzigs während der Pfingstfeiertage bestens emp-
fohlen. Die Verwaltung.

Reinhold Schmidt

Im Dienste des Kaiserlandes verstarb
nach langer Krankheit im hiesigen Garnison-
lazarett unser lieber Kollege, der Seher [932]

Karl Wirth

aus Müldorf.
Auch diesem Kollegen wird ein ehren-
des Andenken bewahren
Die Mitgliederschaft Nürnberg.

Karl Wirth

In einem Feldlazarett verstarb nach
langer Krankheit unser lieber Kollege,
der Seher [932]

Paul Joost

Als zweiter aus unserer Mitte erlitt am
10. April den Heldentod unser lieber
Kollege, der Seher [928]

Paul Joost

aus Boizenburg.
Sein Andenken werden wir stets in
Ehren halten.
Die Mitglieder
in Boizenburg an der Elbe.

Franz Merkel

Wiederum haben wir durch den Welt-
krieg den Verlust eines Kollegen, des
Druckers [934]

Franz Merkel

aus Stuttgart, zu bekränern.
Ein ehrenbes Andenken werden ihm
bewahren
Die Kollegen der Union
Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Ernst Sauerkamp

Am 3. Mai erlitt den Heldentod unser
lieber, braver Kollege [933]

Trotz seiner Jugend war der Verblichene
ein muerliches Mitglied unseres Verbandes,
weshalb sein ehrenbes Gedanken bei allen
Kollegen fortleben wird.
Ortsverein Stamm (Westf.).

Wieder rih der Weltkrieg drei Kollegen
aus unsern Reihen. Auf dem Felde der
Ehre erlitten den Heldentod der Seher

Jean Diehl

aus Gerolshheim, ferner der Maschinen-
meister [931]

Heinrich Stuf

aus Schwerin und der Seher

Joseph Bollmer

aus Nordach.
Wir werden den Gefallenen ein ehren-
des Gedanken bewahren.
Bezirksverein Freiburg i. Br.

Den Heldentod erlitt in den schweren
Kämpfen am 8. Mai unser lieber Kollege
und Gangesbruder, der Maschinenföher

August Rischbieter

Ein ehrenbes Andenken werden ihm
bewahren [930]

Der Ortsverein Dsnabrück.
Die Maschinenföhervereinigung
Dsnabrück.
Der Gesangsverein „Typographia“
Dsnabrück.

Übermals haben wir einen Verlust in
diesem Kriege zu beklagen, den letzten
innerhalb unseres Ortsvereins. Am 19. April
fiel, durch eine Granate getroffen, unser
Kollege [927]

Albert Schories

Sodann erlitt am 15. Mai der Tod
unsern Kollegen [927]

Mag Renkewitz

im 57. Lebensjahre und dem 40. Jahre
seiner Verbandszugehörigkeit infolge Ge-
birnchlagens. Mit ihm ging unser früherer
langjähriger Vorsitzender dahin.
Ein ehrenbes Andenken bewahrt beiden
Der Ortsverein Zittli.

Am 17. Mai verstarb nach sechs-
wöchigen schweren Leiden unser lieber
Freund und Kollege, der Korrektor

Heinrich Redding

im 57. Lebensjahre.
Ein ehrenbes Gedanken ist ihm ge-
schert. [944]

Ortsverein „Typographia“
Schwerin i. M.
Korrektorenvereinigung im Gau
Mecklenburg-Lübeck.

Am 16. Mai verstarb nach kurzem,
aber schwerem Leiden unser lieber Kollege,
der Seher [942]

Bernhard Schneider

aus Halle, im Alter von 46 Jahren.
Wir verlieren in demselben einen lieben
Freund, einen treuen Anhänger unserer
Organisation.
Ein ehrenbes Andenken werden ihm
stets bewahren
Die Mitglieder
des Ortsvereins Wittenberg,
Gesangsverein „Typographia“.

Am 18. Mai verstarb nach langem Leiden
unser werter Kollege, der Seherinwalde

Peter Euler

aus Neuengraun, im 65. Lebensjahre.
Sein offener und ehrlicher Charakter liebert
ihn ein ewiges Gedanken aller Kollegen,
welche jemals mit ihm zusammen arbeiteten.
Möge ihm die Erde leicht sein
Bezirksverein Sanau-Mischaffenburg,
Ortsverein Sanau.